



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 75 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 3.—9. November ist die Beitragsmarke in das mit 45 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Die Gauleiterkonferenz

Die am 26. und 27. Oktober 1917 tagte, hatte eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung zu erleben. Den Situationsbericht gab Kollegin Thiede; sie schilderte wie unsere Hauptleitung ernstlich bemüht war in sachlichster Form auch die unbedingt notwendige Regelung der Feuerungszulagen für das Hilfspersonal zur Durchführung zu bringen. Als zuständige Instanz erschien uns zuerst der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der zum 24. April 1917 eine Zusammenkunft mit den Gehilfen in Leipzig veranlaßt hatte. Unser Antrag an den Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins, auch Vertreter unseres Verbandes zu dieser Verhandlung hinzuzuziehen, wurde abgelehnt mit der „Begründung“, daß ein Allgemeiner Tarif nicht besteht, und daß der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins Feuerungszulagen für das ständige Hilfspersonal befürwortet, soweit nicht durch neue Einkstellungen bereits den heutigen Verhältnissen angepaßte Löhne gezahlt werden. Wir wurden also trotz unserer 16 Tarifforte, in welchen der größte Teil des technischen Personals beschäftigt ist, nicht gehört. Es sollten in Tariffstädten örtliche Verhandlungen stattfinden und in den anderen Druckorten sollten die obenstehenden mehr als mageren Empfehlungen ihre Wirkung tun.

In den Tariffstädten haben dann Verhandlungen stattgefunden und es sind auch in einer Anzahl Tarifforte 30 Proz. Feuerungszulagen für Männliche auf den Mindestlohn erreicht worden, während für die Kolleginnen meist Einheitsätze vereinbart wurden.

Aber selbst in einigen Tariffstädten fiel die Feuerungszulage viel magerer aus und in den Nichttarifforten hatten die Mitglieder nur dann über Erfolg zu berichten, wenn ihre Forderungen mit größerem Nachdruck vertreten wurden. Es ist durchaus nicht als selbstverständlich angesehen worden, auch dem Hilfspersonal bei der immer stärkeren Steigerung der Lebensmittel als Feuerungszulagen denselben Prozentsatz zu geben, den der Gehilfe als Ausgleich erhalten hat.

Daß unsere Kollegenschaft bei dem schon bestehenden Lohnunterschied genau dieselben Zuschüsse haben muß, wenn sie leben will, bedarf eigentlich gar nicht erst der Begründung; denn alles zum armseligen Leben notwendige ist eben ohne Ansehen des Verdienstes für den Kriegslieferanten nicht teurer wie für den Hilfsarbeiter und daher muß unablässig daran gearbeitet werden, um den nötigen Ausgleich unbedingt zu erreichen.

Die im Mai 1917 getroffene Regelung der Feuerungszulagen brachte nicht den Erfolg, der als genügender Ausgleich angesehen werden konnte und Forderungen ganzer Orte (gehilfenförmig) um

Erhöhung dieser Sätze und die nicht ruhenden Bewegungen des Hilfspersonals um Lohnerhöhungen zeigten deutlich, daß ein weiteres Entgegenkommen notwendig ist, wenn nicht noch größere Arbeitercharen des Gewerbes zur Kriegsindustrie abwandern sollten.

Es ergab sich die Notwendigkeit, erneute Verhandlungen für Oktober anzusehen und gehilfenförmig wurden diese vom Tarifausschuß für den 22. und 23. Oktober festgesetzt. Unser Verbandsvorstand wollte ebenfalls diese Gelegenheit benutzen, um mit den in Berlin zur Gehilfentagung anwesenden Prinzipalsvertretern über erneute Forderungen zu verhandeln. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, das schon im Jahre 1911 die Verhandlungen über den Abschluß der Allgemeinen Bestimmungen geleitet hatte, wurde von uns unter Beifügung eingehender Begründung gebeten, eine Verhandlung mit den Vertretern der Tariffstädte herbeizuführen, die Anträge unserer Gauleiterkonferenz vom August 1917 sollten hierbei die Grundlage bilden.

Das Tarifamt hat über unseren Antrag beraten und beschlossen, eine Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter aus den Tarifforten zum 25. Oktober einzuberufen. Die Einladungen des Tarifamtes, das als unparteiische Instanz die Leitung der Verhandlungen übernehmen wollte, hatte keinen Erfolg. Von 16 Tarifforten hatten bis zum 18. Oktober 1917 nur zwei Orte sich für Verhandlungen erklärt, während fünf Tarifforte, darunter München und Stuttgart, gegen eine Tagung sich erklärten, ja sogar dem Tarifamt das Recht bestritten, eine solche Konferenz einzuberufen. Aus 9 Tarifforten war bis zum 18. Oktober keine Antwort eingegangen.

Dieses tägliche Resultat zeigt uns als Hilfspersonal, daß prinzipalsförmig keine Neigung besteht, uns in ähnlicher Weise entgegen zu kommen, wie man den Gehilfen entgegen zu kommen genötigt ist. Es wird wieder versucht werden, am Hilfspersonal Ersparnisse zu machen, damit bei weiteren Druckpreiserhöhungen der verbleibende Ueberschuß sich vergrößert.

Nun gut, an uns hat es nicht gelegen. Der Weg einer Verständigung zur Aufstellung von Richtlinien für Feuerungszulagen ist von uns zweimal beschritten worden und zweimal ist es durch das Verhalten der Prinzipalsvertreter zu Verhandlung nicht gekommen. Wir stehen nunmehr vor der Tatsache, uns örtlich überall so zu rühren, daß unsere Kollegenschaft auf ihre Kosten kommt. Schöne Worte bei örtlichen Verhandlungen machen nicht satt. Denn die Lebensmittelpreise steigen täglich. Die Heraufschaffung auch nur der rationierten Lebensmittel ist bei unseren Verdiensten kaum möglich und daher wird die Not allein schon die einzuschlagenden Wege vorschreiben, wenn die örtlichen Verhandlungen das notwendige Resultat nicht zeitigen sollten.

In sehr lebhafter Diskussion kam die Ansicht der Gauleiter zum Ausdruck. Um die verschiedenen eingegangenen Vorschläge zu sichten, und eine

einheitliche Grundlage auszuarbeiten, wurde eine Kommission gewählt, die sich aus den Gauleitern Otto Baumgarten-Berlin, Franz Behrendt-Leipzig, Albert Schmid-München, zusammensetzte. Die Vorlage der Kommission wurde nach eingehender Aussprache einstimmig angenommen.

Als Grundlage gelten die dem Tarifamt eingegangenen Anträge vom August 1917.

### Antrag 1.

Die sich noch immer weiter steigende Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, dazu die sichere Aussicht auf einen vierten Kriegswinter, dem die am niedrigsten entlohnte Arbeiterschaft im Gewerbe mit ganz besonderer Sorge entgegensteht, macht eine weitere Teuerungszulage bringen notwendig.

Die am 7. August tagende Gauleiterkonferenz beantragt daher, dem Hilfspersonal der Tariffstädte dieselbe Teuerungszulage unter dem gleichen Termin zu bewilligen, die mit den Gehilfen in der Folgezeit erneut vereinbart wird.

Für die immer größere Zahl der notwendigen Ueberstunden, die für unsere Kollegenschaft unter den jetzigen Ernährungsverhältnissen ganz abnorme Anstrengung bedeutet, soll die prozentuale Ueberstundenentlohnung sich nach dem Verdienst inkl. Teuerungszulage richten.

### Antrag 2.

Die Gauleiterkonferenz beantragt im Auftrage der Tariffstädte, daß die gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Tarifvertreter ihr Einverständnis dahingehend erklärt, daß bei einer erneuten Tarifverhandlung nicht mehr das 1911 vereinbarte Minimum als Grundlage gelten kann.

Die mit den Gehilfen zu erwartende Vereinbarung über die Prozenzhöhe der Minimumberechnung findet auch für alle Staffeln des Hilfsarbeitertarifs Anwendung.

### Antrag 3.

Die Prinzipale sollen anerkennen, daß die nach dem Kriege zum Beruf zurückkehrenden Arbeiterinnen, die während des Krieges aus den Druckerien zur Kriegsindustrie übergingen, nur durch die paritätischen und örtlichen Arbeitsnachweise unseres Verbandes vermittelt werden dürfen und bei Vermittlung an erster Stelle diejenigen Arbeiterinnen stehen müssen, die auch während des Krieges in der Buchdruckbranche tätig waren.

### Antrag 4.

Bei allen Fragen der Neuregelung der Einkommensverhältnisse der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, sowie anderweitigen Änderungen im Arbeitsverhältnis, ist der Zentralvorstand unseres Verbandes sowie andere Vertreter unserer Organisation mit hinzuzuziehen.

### Antrag 5.

Die am 7. August tagende Gauleiterkonferenz beantragt, daß die beiderseitigen Vertreter der Tarifforte aus ihren Reihen eine Kommission wählen, die alle sich aus dem Tarifverhältnis ergebenden Fragen zu beraten und zu entscheiden hat.

Die Tarifkommission setzt sich aus drei Tariforten zusammen, die in der Oktober-Tagung zu bestimmen sind.

Den Vorsitz führt das Tarifamt.

Der „Deutsche Buchdrucker-Verein“ und der „Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ sind berechtigt, je zwei Mitglieder mit beratender und beschließender Stimme in die Kommission zu entsenden.

Einzuladen zu den Sitzungen der Kommission sind ferner die Redakteure der beiden offiziellen Organe „Zeitschrift“ und „Solidarität“. Dieselben sind zur Teilnahme an der Beratung berechtigt.

Die Feststellung der Forderung für erneute Steuerzuschläge soll in 3 Gruppen erfolgen.

- a) in Städten, die zum Gehilfenarbeitslohn 10 Prozent Lokalszuschlag zahlen;
- b) in Städten, die über 10–15 Proz. Lokalszuschlag zahlen;
- c) in Städten, die mehr als 15 Proz. Lokalszuschlag zahlen.

In Orten, wo bis 10 Proz. Lokalszuschlag gezahlt wird, soll für verheiratete männliche Hilfsarbeiter 7,50 Mk., für ledige männliche 6,50 Mk. und für weibliches Hilfspersonal 5,50 Mk. pro Woche erneut gefordert werden.

In Orten, wo über 10–15 Proz. Lokalszuschlag gezahlt wird, soll für verheiratete männliche Hilfsarbeiter 8,50 Mk., für ledige männliche 7,50 Mk. und für weibliches Hilfspersonal 6,50 Mk. pro Woche erneut gefordert werden.

In Orten, wo mehr als 15 Proz. Lokalszuschlag gezahlt wird, soll für verheiratete männliche Hilfsarbeiter 9,50 Mk., für ledige männliche 8,50 Mk. und für weibliches Hilfspersonal 7,50 Mk. erneut gefordert werden.

Für Ueberstunden wird auf den Zuschlag 100 Prozent Erhöhung gefordert, z. B. anstatt 25 Prozent Zuschlag für die beiden ersten Stunden, sollen 50 Proz. und anstatt für die folgenden 33 1/2 Proz. sollen 66 2/3 gefordert werden usw. Als Termin für Inkrafttreten der neuen Sätze wird der 26. November als spätester Zeitpunkt verabredet.

Den Tarifstädten und den Nichttariforten wird zur Durchführung der Forderungen freie Hand gelassen. Der Verbandsvorstand muß aber vor Anwendung der letzten Konsequenz dem Statut entsprechend, gehört werden.

Dann berichtete Kollege Lodahl über die Kassenverhältnisse. In der Diskussion wurde Einheitslichkeit darüber festgestellt, daß die Mitglieder ver-

pflichtet werden, in die auf Grund ihres Verdienstes gültige Klasse Beiträge zu entrichten. Zur Stärkung des Kampffonds soll zu regerer Zahlung von Kriegsbeiträgen aufgefordert werden.

Nachdem noch eine Reihe wichtiger Bekanntmachungen erfolgt waren, fand die sehr lebhaft verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

## Die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

(Schluß.)

Der Berichterstatter erörterte sodann die Notwendigkeit einer entschiedenen Förderung des Arbeiterschutzes durch den Friedensvertrag. Die europäischen Völker seien durch den Krieg in ihrer Volkskraft so geschwächt, daß nur außerordentliche Maßnahmen sie wieder gesunden lassen können. Neben den Millionenverlusten an Toten und Verstümmelten stehe die Erschütterung der Gesundheit auch derer, die zwar die Strapazen, Entbehrungen und Lebensgefahren des Krieges überwunden haben, aber die Folgen zeitlebens an ihrem Körper spüren und in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt sein werden. Dazu käme die Schwächung der in der Heimat Geborenen, die in rastloser Arbeit bei kärglicher Ernährung ihre besten Kräfte verausgabten haben. Die in der Heimat während des Krieges herangewachsene Generation sei aus ähnlichen Gründen in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Das alles treffe für alle kriegsführenden europäischen Länder zu, und hinsichtlich der Ernährungsverhältnisse hätten auch die neutralen Länder in Europa mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, deren Folgen die Arbeitermassen am schwersten zu tragen hätten. Nur sozialpolitische Maßnahmen größten Stils können helfen, die Folgen des Krieges zu überwinden. Um solche zu erleichtern, müsse eine gewisse sozialpolitische Mindestleistung international festgelegt werden, was im Friedensvertrage geschehen müsse. Die von der Kommission angenommene und ergänzte Vorlage des Sekretariats trage diesem Gedanken Rechnung, dessen Grundtendenzen auch in der Vorlage der Leodber Konferenz enthalten sind. Mit ihrer Annahme richte die Konferenz den Mahnruf an die Völker, den Arbeiterschutz als Volksschutz anzuerkennen und auszubauen.

Die Vorlage der Kommission fand die allgemeine Zustimmung der Konferenzteilnehmer. Reichsratsabgeordneter Domes-Wien betonte

besonders die Wichtigkeit einer einheitlichen Aktion der Gewerkschaften aller Länder, um die Regierungen zur Anerkennung dieser sozialpolitischen Forderungen zu bewegen. Eine von Leipzig (Deutschland) eingebrachte Resolution trug diesen Anregungen Rechnung. Das Friedensprogramm fand hierauf in der Kommissionsfassung einstimmige Annahme. Ebenso die nachfolgende Resolution Leipzig:

„Im Anschluß an die Aufstellung der Friedensforderungen richtet der Internationale Gewerkschaftsverband an die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung dieser aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten. Alle Gewerkschaftszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zu den Feststellungen des sozialpolitischen Teils der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.“

Nachdem Tuzsar (Böhmen) die Bereitwilligkeit der Tschechen zur internationalen Mitarbeit erklärt hatte, und auf Antrag Jimmen (Holland) eine Begrüßungsbescheide an die französischen und italienischen Gewerkschaften wegen ihrer Bereitwilligkeit, die Konferenz zu besuchen, beschloß, wurde diese mit einigen herzlichen Worten vom Vorsitzenden Schneberger (Schweiz) geschlossen.

Die erste größere internationale Tagung der Gewerkschaftsvertreter nach Kriegsausbruch konnte also doch noch während des Krieges zustandekommen. Daß die Gewerkschaften der Entente-Länder dort ganz unvertreten waren, ist nicht ihre Schuld, sondern die Schuld ihrer Regierungen, die mit allen Mitteln die friedliche Verständigung der Völker zu verhindern suchen und daher auch einer Verständigung der Arbeiter entgegenstehen. Am 7. Oktober, drei Tage nach Schluß der Konferenz, haben die Schweizer Genossen von der italienischen Landeszentrale ein Telegramm vom 2. Oktober erhalten, das die Paßverweigerung der italienischen Regierung bestätigte. Ebenso ist inzwischen eine Mitteilung aus Finnland eingelaufen, wonach die finnischen Gewerkschaften bedauern, infolge der

## Der Schirmflügel.

Von E. Preczanga.

(Fortsetzung.)

„Was weißt Du, Lump? Bezahlst Du Steuern? Nein. So halt' das Maul!“

Er schluckte in aufsteigender Wut einige Male tief in sich hinein: „Ach, Ihr Schufte! Ihr verdammten Schufte! Ich weiß mehr als ihr! Tausendmal mehr! Wenn ich auch unterm Busch schlafe! Wenn ich auch — so ein Subjekt bin! Hui! Ich spucke auf Euch, verstanden? Ich . . .“; er schüttelte halbweinehend die Faust nach der Richtung, aus der er gekommen.

„Früher war's anders. Ganz anders. Es ist lange her. Aber wahr. Da hatte ich auch das Wortrecht. Durfte reden im hohen Rate. Hahaha! Im hohen Rate! Der Bürgermeister zog den Hut: „Ergebener Diener, Herr Holzhaupt!“ Wahrhaftig! Hier, vor diesem Rod zogen sie den Hut.“

Er faßte einen Zipfel seiner abgetragenen Jacke.

„Derfelbe Rod! Aber — aufgepaßt! — er war eben aus der Schneiderei gekommen! Verstanden? Eben aus der Schneiderei. Und das ist der ganze Unterschied, Freundschen, verstehen Sie? Ein alter und ein neuer Rod . . . Da liegt vieles dazwischen! Das ist wie Berg und Tal, Tag und Nacht! . . .“

Mit meinem Ansehen ist's gegangen wie mit dem Rod; ich hab's abgetragen. Allmählich. Ist immer weniger geworden. Jetzt hab' ich bei keinem mehr ein Ansehen. Doch! Bei den Wondar-men! Hahaha! Raffen Sie auf:

„Zeig' Deine Papiere, alter Sünder!“

„Dho, Herr Wachmeister, warum bin ich ein Sünder? Weil mein Hut Löcher hat?“

„Weil Du ein Lagedieb bist ein Kuntreiber und Bettler!“

„Verzeihen, Herr Wachmeister, ich bettle nicht, geh' friedlich meines Weges und sehe, wo ich zu arbeiten kriege; repariere alte Schirme und hab' also mein Handwerk so gut wie der Herr Wachmeister! Bin ich ein Lagedieb, könnt' man's erst recht von denen sagen, die bloß darauf aus sind, arme Teufel in die Eisen zu bringen!“

„Dho! das war ein Schlag!“

„Hände her, alter Lump! So, da bist Du in Eisen! Vorwärts, marsch!“

Ein Stoß in den Rücken —

Der Alte brach jäh in seiner Erzählung ab, fuhr sich mit der Hand über den Rücken, zog das Taschentuch und schnaubte heftig.

„In die Kreisstadt brachte er mich. Vor Gericht. „Gut,“ sag' ich, „Herr Richter! War's unrecht von mir, war's auch unrecht von ihm. Ich klage wieder! Bin ich nicht auch ein Mensch, der eine Ehre zu verlieren hat?“

Der Schirmflügel sah mit zornrotem Gesicht auf: „Ausgelacht haben Sie mich! Wiffen Sie, so mitteilidig, so bedauernd, als ob es mir nicht recht im Kopfe sei. Dann — vierzehn Tage wegen Beamtenbeleidigung!“

Er spie aus, suchte aus dem Handwerksläschen einen kleinen Hammer und hämmerte erregt an dem verbogenen Ringe des Schirmes herum.

„Sie mögen mir's glauben oder nicht: früher hab' ich mit solchen Leuten Karten gespielt. Da

war ein Amtsrichter in meiner Heimatstadt, ein guter, freundlicher Mensch. Aber er mogelte, wissen Sie, beim Spiel. Mogelte, wo er nur konnte. Nicht aus Habsucht, nein, wohl nicht; aber es machte ihm Spaß, die anderen auf eine unreele Art hineinzulegen, ohne daß sie es merkten. Ich sagte es ihm auf den Kopf zu. Er lachte, lachte und meinte: „Haben Sie Beweise? Eine Schuld ist erst dann richtig, wenn sie bewiesen werden kann. So wäre es wenigstens beim Gericht.“

Der Alte sann ein Weilschen: „Gut, es soll gelten. Aber hat man mir meine Schuld bewiesen? Ist's eine Schuld, wenn ich einen Schimpf zurückgebe? Ach, Du Narr! Deine Jacke haben sie bestraft, nichts weiter! Verstehen Sie das? Meine Jacke ist ein Verbrechen, weil sie alt ist und geflickt. Ja! So ein Rod ist eine Beleidigung, ohne daß man den Mund aufst. Und man ist wohl ein alter Sünder, zieht man sich keinen beseren an.“

Der Alte nickte arbeitend vor sich hin. Dann fuhr er fort:

„Leicht gesagt! Der Schneider mag nichts verhehlen. Ober schenkt ihm der Fleischer, der Bäcker, der Schuhmacher? Nein. Also kaufen! Ja, brächte die Schirmflücker Gold! Sie tut's nicht. Ein Fünftziger in Silber ist schon eine Seltenheit. Auch ein Markstück kommt noch einmal zu Besuch. Der Taler? Es ist eine gute Zeit her, daß ich ihn sah. Aber Gold? Puh!“ Er blies mit komischer Gebärde über den Daumen. „Dahin, dahin!“

„Früher, ja, früher —“ Der Grautopf begann, stockte dann und hämmerte und bog in selbstamer

großen Verkehrsschwierigkeiten keine Vertreter zur Konferenz entsenden zu können. Es steht demnach fest, daß die Gewerkschaften Frankreichs, Italiens und Finnlands an internationalen Zusammenwirken festhalten und daß sie nicht durch eigene Schuld von der Teilnahme an der Berner Konferenz abgehalten wurden. Damit sowohl wie durch die Vorgänge auf der Konferenz selbst ist zugleich bewiesen, daß die Gewerkschaften Englands und Amerikas mit ihrem Boykott der Gewerkschaftsinternationalen isoliert stehen. Mit den Ländern, die wie Frankreich und Italien mitten im Kriege bereit waren, mit Vertretern der neutralen Länder sowie der Zentralmächte zusammenzukommen, um sich über wichtige Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu verständigen, werden wir uns, sobald eine solche Zusammenkunft möglich wird, über die verhältnismäßig einfache Frage des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes leicht verständigen können. Den anderen aber, die sich selbst abseits stellen, wollen wir in aller Ruhe hier sagen, daß niemand hinter ihnen herzulaufen gedenkt. Wollen sie mitarbeiten, sind sie jederzeit willkommen; lehnen sie das auch für die Folge ab, so ist eine solche Haltung zwar bedauerlich, aber die Gewerkschaften der Länder, denen es um das internationale Zusammenwirken ernst ist, werden sich dadurch in ihrer Tätigkeit nicht beirren lassen. Das war, wenn wir richtig urteilen, auch die allgemeine Stimmung auf der Konferenz in Bern.

Mit dem in Bern aufgestellten sozialpolitischen Programm der Gewerkschaften für den Friedensschluß tritt der Internationale Gewerkschaftsbund an die Völker und ihre Regierungen der ganzen Welt heran, um ihre Aufmerksamkeit auf eine der wichtigsten Fragen des Friedensschlusses zu lenken: die Regeneration der Völker nach diesem furchterlichen Wutsturm. Wir haben seit Ausbruch des Krieges von Staatsmännern und Berufsrednern, von Literaten und Gelehrten, viele große und auch schöne Worte von dem „neuen Europa“, der „neuen Welt“ und „Rechtsordnung“ vernommen, die aus diesem Kriege hervorgehen soll. Jeder stellt sich darunter etwas anderes vor. Aber von der größten und wichtigsten Materie, der internationalen Sozialreform, sprechen sie nicht. Nur Bernhard Dernburg hat den Mut gehabt, im „Berliner Tageblatt“ vom 9. Oktober (Nr. 515) klar und bündig auszusprechen, worauf es ebenso sehr ankommt, wie auf die Einführung einer neuen Rechtsordnung im zwischenstaatlichen Verkehr. Er sagt

„Erregung am Schirm herum, ohne recht zu wissen, wie und weshalb. Die Gedanken waren weit fort von der Arbeit. Immer nachlässiger, regelloser wurde seine Handhabung, bis die Hände wie in großer Müdigkeit versagten und in den Schoß sanken. Der Kopf neigte sich tief vornüber; unbeweglich saß der Alte, wie aus Stein gemeißelt, dann begann er mit leiser Stimme, in einem Tone, als wäge er jedes Wort:

„Früher war es anders. Ganz anders. Neue Kleider trug ich und hatte Goldfische im Sad. Sind ausgekniffen. Hierhin, dorthin. Ober haben sich verwandelt.“ Er zog bedächtig ein altes, wunderliches Portemonnaie und zählte die Münzen: „Nidel sind d'raus geworden. Wann werdet Ihr Kupfer sein? Alles verwandelt sich. Fort und fort. Alles. Heute ist's so, morgen so. Ich hab' mich auch verwandelt und bin bloß noch ein Pfennig in der Welt. Scheidemünze.“

Er nickte in tiefem Nachdenken vor sich hin. „Einkaufs galt ich mehr. Da hinten, ganz hinten.“ Ohne aufzusehen steckte er Arm und Zeigefinger in eine unbestimmte Richtung. „Saß im hohen Rate der Stadt — habaha! — und hatte ein Schild an der Tür: Mitglied des Vereins gegen Verarmung und Bettlerei. habaha! Mitglied des Vereins gegen . . . Einen Laden in der Hauptstraße. O! Spiegelschrein, nobel und fein. Schirme aus Seide, mit Eisenbeinrücken. Stöcke mit Silbergriff. An den Scheiben in Goldbuchstaben: „Martin Holtzhaupt.“

„Martin Holtzhaupt.“ Der Alte sah wie ein Erwachender mit unsicherem Blick auf: „Können Sie mir vielleicht sagen, bester Herr, wo Martin

„Dazu tritt ein zweites neues Prinzip, nämlich die Einführung von internationalen sozialen Bestimmungen zum Schutze und zur Regelung des Arbeitsvertrages, der Arbeitsdauer, der Gewerbehygiene und dergleichen. Denn wenn der wirtschaftliche Kampf nach innen und außen nicht schleunigst wieder entbrennen soll, muß auch auf diesem sehr schwierigen und umstrittenen Gebiete feste Form geschaffen werden. Darüber ist sich der vierte Stand in der Welt, der zum erstenmal als ein wirklicher Faktor bei dem Friedenswerk erscheint, einig. Die Beschlüsse der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern sind mit dem einstimmig angenommenen Leedser Programm der Entente völlig gleichlautend. Die organisierte Arbeitergemeinschaft der Welt ist sich also einig.

Das gleiche gilt aber auch von den internationalen Arbeiterfragen. Wer des sozialen Empfindens entbehrt, wer die Nöte der handarbeitenden Klassen und ihr Recht nicht tief mit empfindet, wer die Wichtigkeit sozialen Friedens in der Welt, auch für das eigene Land, verkümmert, wenn das rein Verstandesmäßige über das politische Gefühl gegenüber diesen Kernfriedensfragen nicht in Fleisch und Knochen gegangen ist, wird nicht das Beste leisten, was unter den Umständen geleistet werden muß.“

Diese wenigen Sätze enthalten in ihrer kurzen und unwiderlegbaren Skizzierung der Lage zugleich die beste Motivierung des Vorgehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Das zweite neue Prinzip, von dem Dernburg spricht, besteht darin, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse der Welt den Friedensunterhändlern zum ersten Male Fragen zur Regelung unterbreitet, die bisher hauptsächlich in Arbeiterversammlungen, auf Tagungen bürgerlicher „Ideologen“ und schließlich, aber weit hinterher auch in den einzelnen Parlamenten zur Beratung zu stehen pflegten. Die wenigen Anläufe zu einer internationalen Regelung von Arbeiterschutzesfragen, die vor dem Kriege im Anschluß an die verblühende Arbeit der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz genommen wurden, waren sehr schwachen und erbrachten nur kümmerliche Ergebnisse. Dieses Schmedentempo in der internationalen Sozialreform muß beim Friedensschluß ersetzt werden durch eine entschiedene Tat, die die Grundlage für den künftigen sozialpolitischen Fortschritt schafft. Da aber die Gefahr übergroß ist, daß die meisten der zünftlerischen Friedensunterhändler just in dem Punkte versagen, auf den Dernburg

Holtzhaupt wohnt?“ Der alte, dumme Martin, der nicht nein sagen konnte, wenn einer kam und von ihm forderte? O, er war sehr dumm. So dumm, daß er Prügel verdient hat, sagen seine Freunde — Freunde? Ich will nicht mit euch tauschen, ihr Schufte! Ich pfeif auf euch, schäbige Hunde! Ach, wie freut' mich, daß ich von euch bin!“

„Wenn ich nur wüßte, wie es eigentlich gekommen ist! Wie es eigentlich . . .!“ Der Alte rieb sich verzweifelt die Stirn: „Holtzhaupt,“ sagt mein Hauswirt, „Holtzhaupt, wie ist's mit der Miete?“

„Ach so, die Miete! Richtig. Ich hab' noch nicht d'rauf gedacht, Herr Meier. Bitte, kommen Sie nur herein. Wir wollen's gleich in Ordnung bringen. — Wie? Es reicht nicht? Es — reicht nicht? Nein! Gebulben Sie sich, Herr Meier. Das Geschäft geht schlecht. Wir müssen abwarten, bis es besser wird. Der Laden ist auch gar so teuer! Viel zu teuer.“

„Ich halte Sie nicht, Herr Holtzhaupt!“ „Ach so! Werden Sie nicht gleich böse, Herr Meier. Ich zahle schon.“ . . .

Der Alte brach sein Selbstgespräch ab und sah verfürten Blickes auf: „Es ging nicht. Einen Monat. Zwei Monate. Das Geschäft liegt still. Ich such' die Freunde. Nicht zu finden. Kein einziger zu finden. Der Mann mit der blauen Mütze kommt:

Es tut mir leid, Herr Holtzhaupt . . .“

„Warum nehmt Ihr mir alles!“

(Schluß folgt.)

das Hauptgewicht legt, daß sie nämlich des sozialen Empfindens nicht entbehren dürfen, daß sie die Nöte der handarbeitenden Klassen und ihr Recht tief mitempfinden müssen, und daß das rein Verstandesmäßige über das politische Gefühl gegenüber diesen Kernfriedensfragen ihnen in Fleisch und Knochen gegangen sein muß, deshalb müssen die Gewerkschaften selbst die Möglichkeit haben, an den Verhandlungen über diese Fragen teilzunehmen und die Arbeiterinteressen dort zu vertreten. Wir wissen, daß die französische Regierung bereits der Forderung zugestimmt hat. Daß die übrigen Regierungen nicht ablehnen, dafür muß noch gesorgt werden.

Und sie dürfen nicht ablehnen. Sie müssen vielmehr auch bei der Auswahl der sonstigen Friedensunterhändler darauf Bedacht nehmen, daß diese Friedensverhandlungen mehr sein werden als die Verhandlungen über gewisse großkapitalistische Transaktionen, wie sie von den Staaten vor dem Kriege wiederholt geführt wurden. Die neue europäische Rechtsordnung kann nicht aufgebaut werden nach alten und veralteten Maximen, und unter den neuen muß der Arbeiterschutz im Vordergrund stehen. Denn er bildet nach diesem Kriege mehr denn zuvor den wirklich wirksamen Volksschutz. Nicht die Frage ist die wichtigste, wie die kapitalistische Profitmacherei sichergestellt werden kann, denn sie ist eine mehr nationale, eine trennende Frage, bei denen die Interessen der Länder auseinandergehen. Sondern die Frage muß vorangestellt werden, wie Leben und Gesundheit, Existenz und Aufstieg der breiten Massen geschützt werden können, denn sie ist eine internationale Frage, an der die Völker nach den Opfern dieses Krieges nur gemeinsame Interessen haben.“

## Wirtschaftlicher Fortschritt und seine Gefahren.

1.

Nach Beendigung des Weltkrieges, der unserem Volkstörper so tiefe Wunden geschlagen und so viel Leid über uns gebracht hat, tritt an uns die schwere, aber unabwendbare Aufgabe heran, alles das wieder gutzumachen, was er vernichtet, alles das wieder aufzubauen, was er zerstört hat. Der Wiederaufbau unserer Gesellschaft auf den Trümmern, die der Weltkrieg rings um uns aufgehäuft hat, ist das Ziel, das wir uns setzen, auf das wir unseren Willen richten müssen. Nicht die völlige Zertrümmerung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens, sondern die Erneuerung im Sinne des Sozialismus muß das nächste Ziel sein, das wir unverrückt im Auge behalten. Allerdings wird es nicht möglich sein, jene unberechenbaren Werte seelischer, geistiger und kultureller Art, die durch den Weltbrand vernichtet worden sind, wieder ins Dasein zurückzurufen, sie sind für immer und ewig der Menschheit verloren, wohl aber besteht die Möglichkeit, auf wirtschaftlichem Gebiete die schädlichen Folgen des Krieges zu beseitigen und unsere Volkswirtschaft wieder gesund zu machen. Das ist ein großes Glück für uns, denn unser Wirtschaftsleben ist die Grundlage des gesamten Volkswohls, der Nährboden, aus dem die Kraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit eines jeden Volkes erspriest.

Soll unser so arg zerrüttetes Wirtschaftsleben wieder gesund werden, so bedarf es eines einheitlichen Willens aller Volksglieder, den Weg zu gehen, der zu diesem Ziele führt, und die Mittel anzuwenden, die den Erfolg gewährleisten. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte, es bedarf eines organisatorischen Zusammenwirkens aller Volksschichten, einer klaren Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten und eines Zurückkommens aller selbstsüchtigen Sonderinteressen. Nur wenn diese Vorbedingungen gegeben sind, nur wenn dieser einheitliche Gesamtwille herrscht, vermag das deutsche Volk seine Aufwärtsentwicklung wieder fortzusetzen, die der Krieg so jäh unterbrochen hatte.

Zunächst und in erster Linie macht sich die Notwendigkeit bemerkbar, den Grundsatz der

Wirtschaftlichkeit zum Leitstern unserer gesamten Volkswirtschaft zu machen. Dieser Grundsatz besagt, daß unser Bestreben dahin gehen muß, mit dem geringsten Aufwande an Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, oder wissenschaftlich ausgedrückt, mit einem Minimum von Kraft ein Maximum von Leistung hervorzubringen. Dieses Streben zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurch, es hat die Menschen veranlaßt, die Tiere zu zähmen und sich dienstbar zu machen, sich immer vollkommenere Werkzeuge und Maschinen herzustellen und die Naturkräfte in ihren Dienst zu zwingen. Wissenschaft und Technik sind die wichtigsten Hilfsmittel in unserem Wirtschaftsleben geworden, jedes Kind weiß, was wir diesen beiden Faktoren verdanken. Hinzukommt dann noch der Grundsatz der Planmäßigkeit und der Organisation, der verlangt, daß all unserer wirtschaftlichen Tätigkeit ein bewußter, festumrissener Plan zugrunde liegen und daß in einem jeden Betriebe wie in dem gesamten wirtschaftlichen Leben sich eins ins andere fügen muß. Wie in einer Maschine das eine Rad genau ins andere greifen muß, wenn der gewünschte Erfolg erzielt werden soll, so muß auch unser Wirtschaftsleben von dem Geiste der Organisation getragen sein. Die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht auf dem Grundsatz der Planlosigkeit und des freien Spiels der Kräfte, aber der Krieg hat uns gezeigt, daß dieser Grundsatz auf die Dauer ein Volk wirtschaftlich zugrunde richtet, weil er den wohlhabenden Bevölkerungsschichten alles reichlich zuschanzt, während die schwerarbeitenden Unterschichten Hunger und Entbehrungen leiden. Die in der schweren Kriegszeit ins Leben gerufene Organisation unserer Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelverteilung konnte natürlich den gewünschten Erfolg nicht haben, weil sie neu war und mit ungeschulten Kräften arbeitete, aber nach Beendigung des Krieges muß unser Ziel darauf gerichtet sein, eine planmäßige Gütererzeugung und eine gerechte Güterverteilung im Sinne des Sozialismus ins Leben zu rufen. Hierbei muß der Organisationsgedanke, das Zusammensetzen aller Beteiligten unter einer einheitlichen Leitung und das Handinhandarbeiten aller Glieder eines wirtschaftlichen Organismus, als Wegweiser und Richtschnur dienen.

Der zweite Grundsatz, der unserem Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrücken soll, heißt Sparsamkeit in allen Dingen. Eine sparsame Lebens- und Wirtschaftsführung, die das Vorhandene zusammenhält und nichts vergeudet, eine hauswirtschafliche Wirtschaftsweise, wie sie in einem gutgeordneten und gutgeleiteten Hauswesen herrscht, eine bewußte, wohlüberlegte Sparsamkeit tut uns nach dem Kriege nötiger denn je. Unser deutsches Volk befindet sich in der Lage einer Familie, die früher bessere Tage gesehen hat, aber durch widrige Umstände wirtschaftlich zurückgekommen ist und deshalb an allen Ecken und Enden sparen muß. Unsere Lebensweise, die vor dem Kriege besonders in den Ober- und Mittelschichten allzu üppig war, muß wesentlich eingeschränkt werden. Wir werden auf manches verzichten müssen, was uns früher eine Selbstverständlichkeit dünkte. Diese herbe, bittere Notwendigkeit, die man nicht durch Weinen und Klagen, noch durch Schimpfen und Entrüsten aus der Welt zu schaffen vermag, erstreckt sich nicht nur auf die einzelnen Haushaltungen und ihre Mitglieder, sondern auch auf unser gesamtes öffentliches Leben. Die ungeheuren Ausgaben, die wir zu machen haben, im Zusammenhange mit den sicherlich noch lange anhaltenden hohen Warenpreisen werden uns zur Sparsamkeit zwingen. Daneben muß auch in unserem Wirtschaftsleben der Grundsatz der höchsten Sparsamkeit walten. Jegliche Verschwendung an Rohmaterial und Arbeitsmitteln, jegliche Kräfteverschwendung und Kräftevergeudung muß peinlich vermieden werden, wenn wir hohe Erträge erzielen wollen. Nicht minder ist auch die Ausschaltung aller überflüssigen und darum schmerzhaften Zwischengewächse aus dem wirtschaftlichen Getriebe eine unabwiesbare Notwendigkeit.

Ueber all unserem Tun und Lassen muß dann noch der Geist des Solidarismus schweben, alle Beteiligten müssen erfüllt sein von einem starken Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl und von dem Bewußtsein, daß in unserer Volksgemeinschaft alle Volkstreife auf Gedeih und Verderb auf einander angewiesen sind. Erst dann, wenn so die wirtschaftliche und sittliche Grundlage unserer Volkserneuerung in der künftigen Friedenszeit geschaffen worden ist, wird es möglich sein, das deutsche Volk einem neuen Wohlstand und einem neuen Glück entgegenzuführen. Es muß und wird sich ausweisen, wie weit die herrschenden und bestrebenden Schichten den Willen und die Latkraft besitzen an der kulturellen Entwicklung unseres Volkes mitzuarbeiten. Für uns Gewerkschafter kommt es auch noch darauf an, zu prüfen, wie diese beiden Grundzüge des wirtschaftlichen Aufbaus auf die Volksgesundheit wirken und welche Vorkehrungsmaßnahmen gegen eine mögliche Schädigung der Volkswohlfahrt zu ergreifen sind. Darüber sprechen wir in einem Schlusssatze.

## Rundschau.

**Höchstpreise und Lebensmittelausschüsse.** Der Verband der Deutschen Eisenbahner hat vom Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamtes darüber ein Gutachten erbeten, ob Lebensmittel, die durch Lebensmittelausschüsse in Betrieben zur Verteilung kommen, zu einem höheren als durch Verordnung festgesetzten Höchstpreise verkauft werden dürfen. Darauf hat das Kriegs- und Ernährungsamt nachfolgende beachtenswerte Auskunft erteilt. „Auch die Lebensmittelausschüsse, die für Werkstätten der königlichen Eisenbahndirektion und sonstige Betriebe eingerichtet sind, sind an die für Lebensmittel usw. festgesetzten Höchstpreise gebunden. Solche Ausschüsse sind deshalb verpflichtet, sich an die festgesetzten Höchstpreise bei dem Verkauf der Waren zu halten und machen sich widrigenfalls der Höchstpreisüberschreitung schuldig.“

In den „Mitteilungen für Preisprüfstellen“, Jahrgang 1917, Nr. 17, Seite 185, ist in einer besonderen Notiz ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die vielfach verbreitete Mitteilung, wonach die erlassenen Höchstpreise nicht für die Einkäufe der Rüstungsindustrie oder Schwerindustrie Geltung hätten, unzutreffend ist. Vielmehr gelten die reichsgesetzlichen Höchstpreise ebenso wie die Höchstpreise, die von den Gemeinden auf Grund des Höchstpreisgesetzes erlassen sind, ausnahmslos für alle Verkäufe und Einkäufe, so weit nicht besondere Ausnahmegestimmungen im Einzelfalle getroffen sind.

Falls deshalb dort Höchstpreisüberschreitungen in derartigen Fällen bekannt werden, ersuche ich ergebenst, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die in Frage kommenden Personen einleiten zu lassen. — Ich stelle auch ergebenst anheim, mir von den in Frage kommenden Fällen Kenntnis zu geben.

In Vertretung  
gez. Dr. Aug. Müller.“

**Ausdehnung der beim Feldheer bestehenden Kriegsspareinrichtungen auf Genossenschaften.** Im ersten Jahre des Krieges war es den Mitglidern der Genossenschaften, die zum Heeresdienst eingezogen waren, gestattet, aus dem Felde Spareinlagen durch Vermittlung ihrer Dienststelle an die Genossenschaften abzuführen. Infolge weiterer Ausdehnung des Verkehrs wurde diese Bestimmung dann aufgehoben und die im Felde gemachten Spareinlagen mußten den Sparfassen überwiesen werden. Der Freie Ausschuss hat sich hiergegen durch verschiedene Eingaben gewendet, und schließlich hat das Kriegsministerium angeordnet, daß auch die Einzahlung von Beträgen durch die Kriegsspartarten an die Genossenschaften erfolgen können.

Praktisch ist es jedoch nicht möglich, die einzelnen Beträge direkt an die Genossenschaften abzuführen, sondern es ist dazu der Weg über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse in Berlin gewählt worden.

Diese Kasse wird die eingehenden Beträge sammeln und sie dann nicht an die einzelnen Genossenschaften, sondern an die Banken der den Zentralverbänden angeschlossenen Genossenschaften, und zwar für den Zentralverband deutscher Konsum-

vereine der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zuführen. Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat sich bereit erklärt, Spargelder der Heeresangehörigen entgegenzunehmen und den in Frage kommenden Konsumvereinen zu überweisen bzw. unter Benachrichtigung auf deren Girokonto zu übertragen.

Siernach ist es also möglich, daß die den Konsumvereinen angeschlossenen Mitglidern unter den Kriegsteilnehmern Spargelder ihren Genossenschaften auf Grund der vorhandenen Kriegsspartarten zuführen können und daß nicht mehr, wie es erst der Fall war, diese Beträge den Spartassen überwiesen werden müssen.

Was man schon aus Papiergewebe herstellt, ist vielen Menschen noch unbekannt. Es werden hergestellt:

- Handtuchstoffe aus Papiergewebe, roh und gebleicht.
- Papiergewebe mit Kunstseide für Oberkleidung und als Futterstoff.
- Widelfäden. — Kanewastoffe. — Abastoffe.
- Stoffe für Arbeitergarderobe.
- Blaue Arbeiteranzüge.
- Blaue Arbeiterschürzen.
- Blaudruck-Wirtschaftsschürzen.
- Papiergewebe zu Kofferbezügen.
- Schwere Gewebe aus Papier als Ersatz für Zellspannung.
- Ersatz für Segeltuch.
- Stoffe aus Papiergewebe für Matratzenschoner.
- Drell-Ersatzstoffe.
- Sandstoffsstoffe.
- Schuhsohlenstoffe, farbige.
- Widelf-Gamaschen aus Papiergewebe.
- Weiße und farbige Wäschebänder aus Papiergewebe.
- Kouleaus-Korbelt.
- Niederband.
- Satteltasche und andere Gurte.
- Hosenträgerbänder.
- Fertige Strohhüte.
- Gaufrirte Saraguirtings aus Papier.
- Repp-Papier als Ersatz für Hutgaze.
- Linon-Ersatz. — Rollbod.
- Batterleinen-Ersatz.

## Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitt unser Kollege:

**Karl Rorge,**

Hilfsarbeiter (Sittenseld), geboren am 27. Juni 1893, gestorben im Lazarett am 8. Oktober 1917.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhalle Berlin.

Am 26. September 1917 fiel auf dem Schlachtfelde in Flandern unser Kollege

**Johann Strobel**

(Firma Spamer) im Alter von 32 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren

Die Bahnhalle Leipzig.

## Nachruf.

Am 28. Oktober 1917 verstarb schnell und unerwartet unser langjähriges Mitglid, der Kollege

**Max Brandt**

(Firma Fischer & Wittig).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhalle Leipzig.